



öffentlich

Betreff:

Grundlagen der Geschichtsaufarbeitung und -vermittlung stärken

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.DIE
LINKE.Potsdam

Erstellungsdatum: 22.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in Ergänzung des Beschlusses DS 22/SVV/0744 (Potsdam-Museum) beauftragt, die konzeptionellen und finanziellen Ressourcen für die fachlich erforderliche Grundlagenarbeit zur Sicherung, Erfassung, Digitalisierung und Bereitstellung von archivwürdigen historischen Materialien (Schriftgut, Film- und Fotodokumente, Banner, Plakate u.a.) in den städtischen Institutionen (Stadtarchiv, Potsdam-Museum, Stiftung Lindenstraße u.a.) auf ein angemessenes Niveau anzuheben.

Dazu sind ein gemeinsames Gesamtkonzept zu entwickeln, ein Finanzrahmen – auch im Vergleich mit anderen Städten – zu bestimmen sowie zusätzliche Finanzierungsquellen zu recherchieren.

Die Ergebnisse sind der SVV im Juni 2023 vorzulegen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Arbeit im Sinne des historischen, politischen und kulturellen Gedächtnisses und einer lebendigen Erinnerungskultur wird im öffentlichen Bewusstsein überwiegend im politischen Diskurs und auf der Vermittlungsebene wahrgenommen. Letzteres spiegelt sich in Ausstellungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und anderen Projekten sowohl der genannten Institutionen als auch unabhängiger Institutionen, Vereine, Gruppierungen etc. wider. Auch wenn mit den Planungen für einen Depotkomplex für Stadtarchiv, Potsdam-Museum, Untere Denkmalbehörde sowie Stadt- und Landesbibliothek ein wichtiger und richtiger Weg beschritten wird, fehlt der Blick auf eine der wesentlichen Grundlagen:

Sicherung, Inventarisierung, Digitalisierung und Bereitstellung von Archivgut sind essentielle Grundlagen für die historische und kunsthistorische Forschung sowie die ihr folgende Vermittlung und zugleich eng mit diesen verflochten. Sie sind in den Institutionen selbst angesiedelt, aber auch für Anfragen oder wissenschaftliche Kooperationen wichtig, die von Einzelforschenden, aber auch von Einrichtungen wie dem ZZF, der Universität und der SPSG ausgehen können. Die Landeshauptstadt Potsdam sollte in der reichen Landschaft der Geisteswissenschaften entsprechend aufgestellt sein.

Nicht zuletzt ist es eine historische Verantwortung, die Materialien verschiedener Zeitschichten, die von Institutionen, Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden und die ursächlich mit der Potsdamer Stadtgeschichte verbunden sind und sinnvollerweise auch auf Dauer bleiben sollen, auf der Grundlage ausreichender Ressourcen zu betreuen. Dem kommt in Bezug auf die Geschichte der DDR und die Friedliche Revolution 1989 auch deshalb eine besondere Bedeutung und Dringlichkeit zu, da jeweils aktive Bürgerinnen und Bürger als Zeitzeugen über wertvolle Zeugnisse verfügen und es gilt, diese einvernehmlich zu sichern und für die zukünftige Erforschung Potsdamer Stadtgeschichte verfügbar zu machen.

Für all das ist die finanzielle und in der Folge personelle Ausstattung für die Grundlagenarbeit, auf der die wissenschaftlichen Vorbereitungen der o.g. genannten Projekte fußen, vollkommen unzureichend und einer an geschichtlich so vielfältig reichen Stadt unangemessen. Auch wenn dies durch Engagement, Sachkunde und Professionalität der Beteiligten teilweise ausgeglichen wird, sind die derzeitigen Verhältnisse nicht zukunftsfähig und bedürfen einer konzeptionell und finanziell untersetzten Weiterentwicklung. Es versteht sich von selbst, dass dies nur gemeinsam in Zusammenarbeit der genannten städtischen Einrichtungen erfolgen kann.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

22/SVV/1147

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE

Betreff: Grundlagen der Geschichtsaufarbeitung
– und vermittlung stärken

Erstellungsdatum 12.12.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.02.2023	Ausschuss für Kultur	x	
01.03.2023	StVV		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der OBM wird beauftragt, die konzeptionellen und finanziellen Ressourcen für die fachlich erforderliche Grundlagenarbeit zur Sicherung, Erfassung, Digitalisierung und Bereitstellung von archivwürdigen historischen Materialien (Schriftgut, Film- und Fotodokumente, Banner, Plakate u.a.) in den städtischen Institutionen (Stadtarchiv, Potsdam-Museum, Stiftung Lindenstraße u.a.) zu stärken.

Erforderlich sind dafür Analyse, Entwicklung eines Gesamtkonzeptes, Erkundung des erforderlichen Finanzrahmens – auch im Vergleich mit anderen Städten – sowie Recherchen zusätzlicher Finanzierungsquellen. Diese Entwicklungsschritte sollen unter Einbeziehung bzw. in Zusammenarbeit der im Rahmen der Analyse als relevant erkannten Einrichtungen erfolgen.

Erste Ergebnisse sind der SVV im Juni 2023 vorzulegen.

Begründung

Die Arbeit im Sinne des historischen, politischen und kulturellen Gedächtnisses und einer lebendigen Erinnerungskultur wird im öffentlichen Bewusstsein überwiegend im politischen Diskurs und auf der Vermittlungsebene wahrgenommen. Letzteres spiegelt sich in Ausstellungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und anderen Projekten sowohl der genannten Institutionen als auch unabhängiger Institutionen, Vereine, Gruppierungen etc. wider.

Auch wenn mit den Planungen für einen Depotkomplex für Stadtarchiv, Potsdam-Museum, Untere Denkmalbehörde sowie Stadt- und Landesbibliothek ein wichtiger und richtiger Weg beschritten wird, fehlt der Blick auf eine der wesentlichen Grundlagen:

Sicherung, Inventarisierung, Digitalisierung und Bereitstellung von Archivgut sind essentielle Grundlagen für die historische und kunsthistorische Forschung sowie die ihr folgende Vermittlung und zugleich eng mit diesen verflochten. Sie sind in den Institutionen selbst angesiedelt, aber auch für Anfragen oder wissenschaftliche Kooperationen wichtig, die von Einzelforschenden, aber auch von

Einrichtungen wie dem ZZF, der Universität und der SPSG ausgehen können. Die Landeshauptstadt Potsdam sollte in der reichen Landschaft der Geisteswissenschaften entsprechend aufgestellt sein. Das Landesarchivgesetz bildet eine wesentliche Grundlage.

Nicht zuletzt ist es eine historische Verantwortung, die Materialien verschiedener Zeitschichten, die von Institutionen, Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden und die ursächlich mit der Potsdamer Stadtgeschichte verbunden sind und sinnvollerweise auch auf Dauer bleiben sollen, auf der Grundlage ausreichender Ressourcen zu betreuen. Dem kommt in Bezug auf die Geschichte der DDR und die Friedliche Revolution 1989 auch deshalb eine besondere Bedeutung und Dringlichkeit zu, da jeweils aktive Bürgerinnen und Bürger als Zeitzeugen über wertvolle Zeugnisse verfügen und es gilt, diese einvernehmlich zu sichern und für die zukünftige Erforschung Potsdamer Stadtgeschichte verfügbar zu machen.

Für all das ist die finanzielle und in der Folge personelle Ausstattung für die Grundlagenarbeit, auf der die wissenschaftliche Vorbereitungen der o.g. genannten Projekte fußen, vollkommen unzureichend und einer an geschichtlich so vielfältig reichen Stadt unangemessen. Auch wenn dies durch Engagement, Sachkunde und Professionalität der Beteiligten teilweise ausgeglichen wird, sind die derzeitigen Verhältnisse nicht zukunftsfähig und bedürfen einer konzeptionell und finanziell unteretzten Weiterentwicklung. Es versteht sich von selbst, dass dies nur gemeinsam in Zusammenarbeit der genannten städtischen Einrichtungen erfolgen kann.

gez. Saskia Hüneke / Gert Zöller / Dr. Hagen Wegewitz / Dr. Sarah Zalfen / Dr. Sigrid Müller / Stefan
Wollenberg
(Fraktionsvorsitzende/r) _____
Unterschrift